

Stadtrat-Splitter:

Bürgerpolitik statt Parteipolitik - für alle Generationen

Es ist erfreulich. Im Mittelpunkt der Stadtratssitzung vom 30. Januar 2003 stand nicht parteipolitisches Kalkül, sondern Kommunalpolitik für Bürger dreier Generationen. Diskutiert wurde mitunter zwar kontrovers, aber stets konstruktiv und kultiviert -- und am Ende sogar konform. Themen, die manche bislang nur mit der SPD-Fraktion verbunden sahen, erwiesen sich im Einklang mit den Ansichten der übrigen Stadtratsmitglieder und der Stadtverwaltung.

1. Die Treuchtlinger SPD hatte es in ihr Programm für die letzte Kommunalwahl aufgenommen, der Bürgermeister in seiner Neujahrsrede, die CSU/TBL-Stadtratsfraktion forderte es nun offiziell: die stärkere Nutzung der Erfahrung und des Wissens älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das sog. letzte Lebensalter kann sowohl sozial als auch volkswirtschaftlich erheblich besser genutzt werden. Die sog. Senioren sollten in das kommunale Leben besser eingebunden werden und ihre Erfahrung sowie ihre Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitgestaltung einbringen können. Darüber hinaus bilden sie auch für die heimische Wirtschaft wichtiges Konsumentenpotenzial, so dass ihren Bedürfnissen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Um solche Ziele auf den Weg zu bringen, ist der nun Seniorenbeirat eine hervorragende Idee.

2. Familien mit Kindern beleben im wahrsten Sinne des Wortes die Gemeinde und ihre Schulen, Vereine, kulturelle Aktivitäten und Ähnliches mehr. Familien mit Kindern stützen den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und anderen Steuern. Familien mit Kindern sind nicht zuletzt wertvolle potenzielle Kunden der Gewerbebetriebe einer Kleinstadt. Die beiden großen Stadtratsfraktionen (1991 die SPD und jetzt die CSU/TBL) haben sich im Einklang mit den übrigen Stadtratsmitgliedern und der Stadtverwaltung deswegen zu Recht dafür ausgesprochen, jungen Familien durch das Angebot günstigeren Baulandes eine Ansiedlung oder ein Verbleiben im Ort attraktiver zu machen.

3. Schließlich stand auch mein eigener Antrag auf Einrichtung eines Jugendparlaments zur Diskussion. Sinn und Zweck einer solchen Einrichtung ist es, einen Kreis Jugendlicher aus unterschiedlichen Alters- und Interessengruppen für eine längere, ehrenamtliche und verantwortungsvolle Tätigkeit zu gewinnen. Die Mitglieder einer solchen Einrichtung sollen Ideen und Interessen der Jugendlichen sammeln und koordinieren, deren Für und Wider umfassend abwägen, diese vor dem Stadtrat und der Stadtverwaltung vertreten und mit deren Unterstützung planen und durchführen. Letztendlich entscheiden allein die Jugendlichen über ein Gelingen dieses Projekts. Den Jugendlichen diese Chance zu geben, bejahen neben der SPD-Fraktion aber auch die übrigen

Stadtratsmitglieder und die Stadtverwaltung. Stadtrat und Stadtverwaltung haben sich also einvernehmlich für diese Ideen ausgesprochen, nicht weil sie parteipolitisch, bundespolitisch oder machtpolitisch, sondern weil sie gemeindepolitisch in mehrerer Hinsicht richtig und wichtig sind. Eine gute Wahl!

(10.02.03, J.G.)

© SPD.de - 2003 [E-Mail direkt](#)